

21. November 2008

Wie geht es nach Abschaffung des Muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts weiter?

ANFRAGE

Aufgrund eines Beschlusses der CSU-Staatsregierung wird der Muttersprachliche Ergänzungsunterricht (MEU) an Grund- und Hauptschulen sukzessive abgeschafft. Im laufenden Schuljahr 2008/2009 wird zum letzten Mal ein solcher Unterricht angeboten.

Auch wenn die vom Kultusministerium angebotene Form herkunftssprachlichen Unterrichts deutliche Defizite aufwies (defizitäre Kooperation zwischen Schule/Lehrerkollegium und MEU-Lehrkräften, schlechtere Bezahlung der eingesetzten Lehrkräfte, Nachmittagsunterricht statt Integration in den normalen Vormittagsunterricht, zu starke Dominanz der Konsulate bzw. Herkunftsstaaten, Fehlen von Angeboten für Sprachen von Nicht-Anwerbeländern sowie Minderheitensprachen wie Kurdisch), ist ein ersatzloser Wegfall dieser Angebote nicht zu rechtfertigen, da:

- herkunftssprachliche Kompetenzen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sowohl die allgemeinen Sprachfähigkeiten wie auch Erwerb und Vervollkommnung der deutschen Sprachkompetenz fördern;
- zur kulturellen Selbstbestimmung das Recht auf Förderung in der Herkunftssprache gehört.

(Vom „Erhalt der kulturellen und sprachlichen Identität“ als Legitimation für den MEU sprach das Kultusministerium noch vor wenigen Jahren und führte weiter aus: „Die Beherrschung der Muttersprache erleichtert das Deutschlernen erheblich“.)

Bisher sind keine klaren Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen, betreffend

- die (vom Kultusministerium angekündigte) partielle Übernahme dieses Unterrichts durch Konsulate,
- die Zukunft der Lehrkräfte (z. T. mit unbefristeten Verträgen)
- die organisatorische Abwicklung von Ersatzangeboten durch Konsulate oder Vereine.

Wir fragen deshalb:

1. Was geschieht ab dem Schuljahr 2009/2010 mit den Lehrkräften, die bisher muttersprachlichen Ergänzungsunterricht erteilt haben – insbesondere mit denjenigen, die über unbefristete Verträge verfügen?
2. Was sind die Resultate der Gespräche, die von staatlicher Seite mit den betreffenden Konsulaten geführt werden sollten? (Die Konsulate wollten unter Umständen den Unterricht weiterführen.)
3. Gab es Gespräche mit Schulen bzw. dem Schulreferat über die Überlassung von Schulräumen für einen solchen Konsularunterricht?
4. Gibt es Anfragen an Schulen oder an das Schulamt bzw. das Schulreferat von Migrantenvereinen oder anderen Personen bzw. Organisationen, die herkunftssprachlichen Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund anbieten (wollen), mit der Bitte um
 - Raumüberlassung,
 - Unterstützung bei der Organisation herkunftssprachlichen Unterrichts?
5. Gibt es hier Kooperationen bzw. Unterstützung bezüglich solcher Vorhaben (oder Pläne dazu)?

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - rosa Liste

Initiative:

Dr. Florian Roth

Gülseren Demirel

Jutta Koller